



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 180
12. Oktober 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

nach den turbulenten Ereignissen in der vergangenen Woche stand in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages wieder die Sacharbeit im Mittelpunkt. So haben wir in erster Lesung beispielsweise über Gesetzesgebungsvorhaben zur Verbesserung der Unterstützungsangebote für Langzeitarbeitslose, zur finanziellen Entlastung von Familien sowie zur Stabilisierung und Verbesserung der Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung debattiert und darüber hinaus den Irak-Einsatz der Bundeswehr verlängert.

Am Dienstag stand zudem die Wahl der Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagfraktion auf dem Programm. Diese wurde auf diese Sitzungswoche verschoben, nachdem in der vergangenen Sitzungswoche Ralph Brinkhaus zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Ich freue mich sehr, dass meine Kolleginnen und Kollegen mich als Parlamentarischen Geschäftsführer wiedergewählt haben und ich hierdurch die Gelegenheit habe, auch in Zukunft an entscheidender Stelle für die Fraktion und natürlich ebenso für unsere Region arbeiten zu dürfen. Mehr dazu auch nebenan.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

BERLIN I

Mit 94,2 % zum Parlamentarischen Geschäftsführer wiedergewählt



Foto: Laurence Chaperon

Mit dem neuen Vorsitzenden Ralph Brinkhaus am Rande der Fraktionssitzung

In der Fraktionssitzung am Dienstag wurde ich von meinen Fraktionskollegen erneut zum Parlamentarischen Geschäftsführer (PGF) gewählt. Die Aufgabe als PGF habe ich nach der Bundestagswahl vor einem Jahr übernommen. Nachdem die Fraktion in ihrer letzten Sitzung Ralph Brinkhaus zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt hat, war die Wahl der PGFs auf diese Woche verschoben worden. Schließlich sind die PGFs die engsten Mitarbeiter des Fraktionsvorsitzenden. Ralph Brinkhaus hat mich bereits kurz nach seiner Wahl gebeten, auch weiterhin als PGF zur Verfügung zu stehen. Darüber freue ich mich sehr. Ebenso wie über das Vertrau-

en, welches mir meine Fraktion in dieser Woche entgegengebracht hat. Nun gilt es aber endgültig zur Sacharbeit zurückzukehren und die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zügig umzusetzen.

Hintergrund: Die im Parlamentsprachegebrauch genannten PGFs sind für die Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf der Plenarsitzungen verantwortlich, übernehmen aber auch organisatorische Aufgaben innerhalb der Fraktion. In meinem Zuständigkeitsbereich fallen dabei insbesondere die Untersuchungsausschüsse sowie Fragen der Geschäftsordnung und Immunität.

BERLIN II

Koalitionsausschuss bringt wichtige Weichenstellungen

In der vergangenen Woche hat der Koalitionsausschuss zwischen CDU, CSU und SPD Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Städten sowie die Eckpunkte zur Fachkräfteinwanderung aus Drittstaaten beschlossen. Darüber hinaus haben sich die Koalitionäre aber auch auf Sonderabschreibungen für Wind- und Solarenergie, die künftigen CO₂-Emissionsgrenzwerte auf europäischer Ebene sowie eine Übergangszeit für die betäubungslose Ferkelkastration geeinigt.

Maßnahmenpaket für saubere Luft

Die Diskussion um die Überschreitung von Stickoxidgrenzwerten und drohenden Fahrverboten in den betroffenen Städten haben zu einer nachvollziehbaren Verunsicherung bei den Besitzern von Diesel-Fahrzeugen geführt. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Belastung mit Stickoxiden in deutschen Städten in den vergangenen Jahren bereits deutlich zurückgegangen ist. 2016 waren noch 90 Städte von Grenzwertüberschreitungen betroffen. Im vergangenen Jahr ist diese Zahl auf 65 Städte gesunken und auch in diesem Jahr ist mit einer weiteren Reduzierung zu rechnen. Das alles zeigt, dass wir mit den bereits umgesetzten Maßnahmen wie der Umrüstung von Diesel-Bussen oder dem Ausbau der Elektromobilität auf dem richtigen Weg sind.

Gleichwohl überschreiten immer noch zahlreiche Städte die Grenzwerte von 40 µg/m³. Um Fahrverbote zu vermeiden, sind daher weitere Maßnahmen notwendig. Genau hier setzt der Beschluss des Koalitionsausschusses an. Hierzu gehören Hardware-Nachrüstungen bei schweren Kommunalfahrzeugen wie etwa Müll- oder Straßenreinigungsfahrzeugen. Die Förderquote des Bundes wird dabei 80 Prozent betragen, sodass etwa 28.000 Fahrzeuge in den Kommunen umgerüstet werden können. Ebenso wird die Nachrüstung von Handwerker- und Lieferfahrzeugen mit bis zu 80 Prozent unterstützt. Von dieser Förderung werden dabei nicht nur

Fahrzeughalter mit Firmensitz in den betroffenen Städten, sondern auch in angrenzenden Landkreisen profitieren. Geklärt werden muss hierbei noch die Frage, wer den Restkostenanteil übernimmt. Die Union sieht dabei klar die Automobilhersteller in der Pflicht. Bei Pkw ist eine derartige Nachrüstung technisch nur schwer umsetzbar, da es den meisten Modellen an dem notwendigen Bauraum fehlt, um die erforderlichen Teile einbauen zu können. Diese Variante ist daher vorerst nicht verfügbar. Dennoch sollen auch Pkw einen Beitrag zur Stickoxid-Reduzierung leisten. Dies gilt insbesondere in den 14 Städten in Deutschland, die besonders belastet sind. Die deutschen Automobilhersteller haben daher zugesagt, den Fahrzeughaltern in diesen Städten und in deren Umland ein Tauschprogramm anzubieten.

Fachkräfteinwanderung

Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung und des steten Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre werden gute Fachkräfte in Deutschland mehr denn je gesucht. Wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir daher in Zukunft auch bei der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten erfolgreicher werden. Hierfür hat der Koalitionsausschuss nun erste klare Kriterien festgelegt. Grundsätzlich bleibt es dabei, dass auch in Zukunft ein Arbeitsplatz nachgewiesen werden muss, um ein Visum zu bekommen. Darüber hinaus wird nun für fünf Jahre die Gleichstellung von Hochqualifizierten und beruflich Qualifizierten erprobt. Dies sieht vor, dass beide Personengruppen für maximal sechs Monate für die Arbeitsplatzsuche einreisen dürfen. Hierfür müssen jedoch hohe Anforderungen erfüllt sein. Die Betroffenen müssen neben der entsprechenden Qualifikation beispielsweise nachweisen, dass sie ausreichend gut Deutsch sprechen und für ihren Lebensunterhalt alleine aufkommen können. Eine Einwanderung in die Sozialsysteme wird somit unterbunden. Ebenfalls

wichtig: Die Union hat durchgesetzt, dass Asylrecht und Erwerbsmigration klar getrennt bleiben. Den sogenannten Spurwechsel wird es somit auch in Zukunft nicht geben.

Sonderabschreibungen für Wind- und Solarenergie

Im Koalitionsvertrag haben wir das Ziel ausgegeben, den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, haben die Koalitionspartner nun Sonderabschreibungen für Windenergie an Land und für Solarenergie beschlossen, die acht bis zehn Millionen Tonnen CO₂ zum Klimaschutzziel 2020 beitragen sollen. Hierdurch geht der Umbau der Energieversorgung voran, ohne dass dabei Verbraucher und Wirtschaft durch zu hohe Kosten belastet werden.

CO₂-Emissionsgrenzwerte

Der Koalitionsausschluss hat beschlossen, dass Deutschland den Vorschlag der EU-Kommission nach einer 30-prozentigen Erhöhung der CO₂-Emissionsgrenzwerten für Pkw unterstützen wird. Mit dem 30-Prozent-Ziel ist ein guter Ausgleich zwischen den klimapolitischen Zielen und den Mobilitätsinteressen gewährleistet. Dabei haben wir uns auch gegen die SPD durchgesetzt, die eine stärkere Verschärfung gefordert hat.

Tierschutzgesetz

Eine Einigung gab es auch in Hinblick auf die betäubungslose Ferkelkastration. Bis zum vollständigen Verbot wird es nun eine weitere, diesmal zweijährige Übergangsfrist geben. Die Zeit bis Ende 2020 wird dafür genutzt, um an praxisgerechten Alternativen für die betäubungslose Ferkelkastration zu arbeiten. Die nun beschlossene Regelung ist aber zunächst einmal eine gute Nachricht für die vielen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe, die hierdurch auch weiterhin in der Lage sein werden, gutes Schweinefleisch in Deutschland herzustellen.

BERLIN III

Gespräch mit dem Bund der deutschen katholischen Jugend



Foto: Schnieder

Mit der Bundesvorsitzenden des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ), Katharina Norporth, habe ich mich in dieser Woche über digitale Lebenswelten unterhalten. Der BDKJ hat

hierzu ein Positionspapier entwickelt, welches unter anderem auch konkrete Empfehlungen für die Politik hinsichtlich der Verbesserung digitaler Bildungsangebote enthält.

BERLIN IV

Nachwuchspolitiker zu Besuch in Berlin

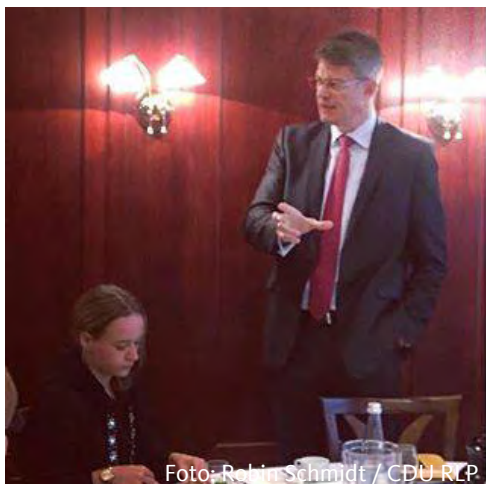


Foto: Robin Schmidt / CDU RLP

Die Teilnehmer des Nachwuchsförderprogrammes der CDU Rheinland-Pfalz waren in dieser Woche auf Stipvisite in Berlin. Dabei hatte ich die Gelegenheit, mich mit den Nachwuchspolitikern über aktuelle politische Themen auszutauschen.

BERLIN V

Parlamentarischer Abend der Obstbrenner



Foto: Schnieder

Beim parlamentarischen Abend der Obstbrenner konnte ich gemeinsam mit dem zuständigen Ausschussvorsitzenden Alois Gerig (links) auch den Vorsitzenden des Verbandes Rheinischer und Saarländischer Klein- und Obstbrenner, Bernhard Bares aus Trimport begrüßen.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... haben Sie eine Idee, was die Ortsschilder von Arzfeld, Bettingen, Bettenfeld und Birresborn in Berlin zu suchen haben? Nein? Die Auflösung folgt unten.



Foto: Schnieder



Foto: Schnieder



Foto: Schnieder

Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit wurden in der vergangenen Woche die Ortsschilder aller 11.040 deutschen Ortsgemeinden als „Band der Einheit“ zwischen Hauptbahnhof und Potsdamer Platz abgebildet und stehen so sinnbildlich für die Deutsche Einheit.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227 71883
Fax: 030/227 76240